

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verwaltung: Drag II, Koflanova 16 • Tel. Nr. 30705, 31460, Nachdruck (ab 21. 12. 32): 33555 • Dofledami: 57544

12. Jahrgang.

Samstag, 26. März 1932

Nr. 74.

Streikwelle erfasst 10.000 Bergarbeiter.

Brüx, 25. März. Bis zum heutigen Tage stehen folgende Schächte im Streik: Eilf Tag- und Tiefbau, Robert-Schacht, Hedwig-Schacht, Großmann-Schacht, die Gruben Eugen, Richard, Johann (Brüx) Fortuna, Hercules, Minerva, Pluto, Venus Tief- und Tagbau, Washington, Mathilde, Humboldt, Zentrum, Columbus, Julius 2, 3, 5, Guido 1, 2, 3, 4, und der Paul-Schacht. Insgesamt stehen 10.000 Bergarbeiter, das sind ungefähr drei Viertel der Belegschaft des ganzen Brüxer Bergamtsbezirk im Streik.

In den Nachmittagsstunden bewegte sich ein Zug von ungefähr 1500 Menschen gegen den Alexander-Schacht im Duxer Bezirk, so daß mit aller Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß auch die Gruben anderer Bezirke stillgelegt werden. Es ziehen Demonstrationzüge in der Stärke von 2 bis 3000 Menschen, bei denen Frauen und Kinder das größte Kontingent stellen, von Schacht zu Schacht.

Im Seelradler Elektrizitätswerk waren bisher Soldaten der Komotauer Garnison stationiert, die man mit Maschinengewehren und scharfer Munition versehen hatte. Nach einem

Nachmittags eingelangten Bericht ist das Militär von der Grube zurückgezogen worden. Für Samstag nachmittags war in Brüx-Georgenhal eine öffentliche Bergarbeiterversammlung einberufen, die nach verschiedenen Mitteilungen verboten worden sein soll. Es besteht die große Gefahr, daß die Versammlung, da die Erregung unter der Bergarbeiterschaft ungeheuer ist, trotzdem abgehalten wird und es zu Zusammenstößen kommt.

Die Verhandlungen über die Entlassungen am Nelson-Schacht.

Die heute früh durchgeführte wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeiterchaft, vertreten durch die Gewerkschaften, verlangte die Zurückziehung der Kündigung, die Grubenleitung nahm den gegenteiligen Standpunkt ein. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

In den heutigen Nachmittagsstunden hat sich ein Teil der Belegschaft des Alexander-Schachtes bei Dux, des größten Bergwerkes im Duxer Bezirk, dem Streik angeschlossen.

Bergbehörde wird prüfen, ob die Kündigungen berechtigt sind.

Ueber Einschieben der Bergarbeiter-Organisationen hat das Revierbergamt in Brüx auf Grund des § 182 des Berggesetzes angeordnet, daß am 31. März eine amtliche lokale Erhebung am Humboldt-Schachte stattzufinden habe, um die Stillelegung dieses Schachtes, die bekanntlich den Kanton zu dem Momentwert-Budget, auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. In dieser Erhebung werden teilnehmen das Revierbergamt, die Nordböhmische Kohlenwerke-Gesellschaft, der Revierrat, der Betriebsrat des Humboldt-Schachtes und die Vertreter der Bergarbeiter-Organisationen. Auch unbeteiligte Bergbau-Zachverständige werden den Erhebungen beigezogen werden.

Sollten die Erhebungen ergeben, daß die Einstellung der Grube nicht stichhaltig begründet war, so beabsichtigt das Revierbergamt, den Widerruf der Stilllegung des Humboldt-Schachtes und den Widerruf der erfolgten Kündigungen anzuordnen. Die Gründe für die Einstellung des Schachtes, die auf den herrschenden Abnahmangel zurückgeführt wird, wird die Nordböhmische Kohlenwerke-Gesellschaft bei der lokalen Untersuchung darlegen.

Die erwähnte Entscheidung des Revierbergamtes wurde heute vormittag der Nordböhmischen Kohlenwerke-Gesellschaft bekanntgegeben.

Großzügige Wohnungspolitik.

Wären auch die drängenden Sorgen der Massenarbeitslosigkeit die öffentliche Erörterung der Wohnungsprobleme ein wenig in den Hintergrund gedrängt haben, seine Lösung bleibt dennoch eine der wesentlichsten Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik. So entgegengefest die Auffassungen der verschiedenen Interessentengruppen über den Inhalt dieser Lösung sind, darüber sind sie alle einig, daß die fortwährenden Provisorien und der Lösung nicht näher bringen, daß sie im Gegenteil über kurz oder lang ein Chaos schaffen müssen, das die zweckmäßige Regelung von Jahr zu Jahr schwieriger gestaltet. Aber die Schaffung eines langfristigen Wohnungsgesetzes ist bisher immer daran gescheitert, daß die bürgerlichen Parteien ihre Anstrengungen ausschließlich auf die Liquidierung des Mieterchutzes konzentrierten, ohne der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, daß gleichzeitig im ausgiebigen Maße für die Wohnungsbeschaffung gesorgt wird. Der Entwurf, dessen Grundzüge das Ministerium für soziale Fürsorge nunmehr der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, erhebt sich über diese Einseitigkeit und macht den Versuch, — wie wir gleich sagen können, den großzügigen und wohl durchdachten Versuch, — den ganzen Fragenkomplex der Wohnungsfürsorge und Bauförderung einheitslich und auf lange Sicht zu regeln, wobei das Problem des Mieterchutzes als organischer Bestandteil in die Gesamtplanung eingegliedert wird.

Der Entwurf des Ministeriums für soziale Fürsorge ist kein Entwurf der sozialdemokratischen Partei. Er mußte, als Grundlage der Verhandlungen innerhalb der Regierung, den politischen Möglichkeiten, den politischen Machtverhältnissen angepaßt werden. Aber wer verfolgt hat, wie die Agrarier, die lautesten Kräfte im Kampfe gegen die Provisorienwirtschaft, die sachliche Verhandlung dieses Versuches, aus dem Provisorien herauszukommen, in den Koalitionsberatungen hartnäckig sabotiert haben, der kann schon daraus erkennen, daß der Entwurf den Problemen vom Standpunkt der Allgemeininteressen an den Leib rührt, daß er bemüht ist, die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung zu schützen. Die große Mehrheit, das sind die Mieter, das sind die Wohnungsjugendlichen, während die Agrarier in dieser landwirtschaftlichen Frage ausschließlich mandatspolitische Interessen vertreten, sich ausschließlich von den Bedürfnissen der Stimmenfänge unter den Hausbesitzern leiten lassen. Und alle bürgerlichen Parteien leisten ihnen darin Gefolgschaft.

Wenn wir die Grundgedanken des Entwurfes richtig erfassen wollen, müssen wir von der Tatsache ausgehen, daß der Bürgerblock durch das Mieterschutzgesetz vom Jahre 1928 bereits den unaufhaltbaren Auflösungsprozeß des Mieterchutzes eingeleitet hat. Die zahlreichen Durchbrechungen des Schutzes, insbesondere die Ausschaltung aller Neuvermietungen auch in alten Häusern aus dem Schutzbereich höhlen den Mieterchutz, vorläufig noch langsam, aber in immer wachsendem Tempo, von innen heraus. Schon heute steht knapp die Hälfte aller vermieteten Wohnungen unter Schutz und selbst von den Wohnungen in alten Häusern, ist schon mehr als ein Drittel aus dem Mieterchutz ausgeschieden. So vollzieht sich die Angleichung der Zinse an die Reumieten automatisch und unabwendbar und für den Wohnungspolitikler entsteht nur die Frage, ob sich diese Angleichung rückwärts und chaotisch, oder nach einem Plane und mit Berücksichtigung der sozialen Interessen vollziehen soll. Darum läßt der Entwurf vom Beginn des nächsten Jahres anfangen, eine allgemeine Mietzinssteigerung um alljährlich 10 Prozent des Friedenszinses zu, bis das Sechsfache des Friedenszinses erreicht ist. So soll schrittweise, unter Vermeidung sozialer Erschütterungen, bei Aufrechterhaltung des

Kündigungsschutzes, bei Vermehrung des Angebotes an billigen und gesunden Wohnungen durch verstärkte Bauförderung die Zinsangleichung bis zum Jahre 1942 vollzogen sein. Aber dann soll nicht einfach der Zustand der Vorkriegszeit eintreten, sondern auch dann sollen, wie das Ministerium für soziale Fürsorge sagt, „zu Gunsten der Schutzbedürftigen Bevölkerung gewisse Maßnahmen in bezug auf die Kündigung des Mietvertrages getroffen werden.“ Der Entwurf trägt also den Keim eines künftigen sozialen Mieterchutzes in sich.

Von der allgemeinen Mietszinsaufwertung macht der Entwurf eine wichtige und notwendige Ausnahme. Für alle Mieter, deren Reineinkommen dreißigtausend Kronen, bei größerer Kinderzahl fünfundsiebzigtausend und vierzigtausend Kronen im Jahre nicht übersteigt, wird die Mietzinssteigerung aufgeschoben, bis die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Bezahlung höherer Zinse auch für sie erträglich macht. Daß den Menschen, die heute von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnruhd geplagt sind, nicht das Wohnen verteuert werden darf, ist für jeden Sozialpolitiker eine Selbstverständlichkeit. Dennoch dürfen wir uns keineswegs darüber täuschen, daß auch diese und gerade diese Bestimmung des Entwurfes, von dem Bürgerium, das ja gerade erst bei dem Kampfe um die Ernährungsaktion seine soziale Gefinnung enthält hat, die heftigste Anfechtung erfahren wird, und daß es der größten Anstrengungen der Sozialisten bedürfen wird, diesen Anfechtungen zu sichern.

Die Mietzinssteigerungen sollen nicht zur Gänze den Hauseigentümern zufallen. Sobald das Zinsertragnis eines Hauses das vierfache des Friedenszinses übersteigt, muß der Hauseigentümer von dem Mehrertrage den Baubeitrag bezahlen, dessen Satz mit steigendem Zinsertragnis progressiv wächst. Dadurch und durch die Geldendmachung des Regreßrechtes sollen die Mittel zu intensiverer Bauförderung gewonnen werden. Ueber den Regreß soll in der Öffentlichkeit vielfach irtige Meinungen verbreitet, die auch sozialpolitisch interessierte Kreise zum Widerstand gegen diese Maßnahmen verleiten. Aber es handelt sich bei dem Regreß um nichts anderes, als daß die Beiträge, die der Staat zur Förderung der Baubewegung als Darlehen gegeben hat, dem Staate auch zurückgezahlt werden sollen, und zwar nur in dem Maße, als sie unter Berücksichtigung des heutigen Gebäudewertes eine Bereicherung des Unterstützten darstellen. Sozial abgestufte Befreiungen und Ermäßigungen sollen jede Schädigung bedürftiger Mieter hintanhaltend.

Baubeitrag und Regreß speisen den staatlichen Wohnungsfonds, der nun zum Träger der öffentlichen Wohnungsfürsorge wird. Durch Garantie und Fondsbbeitrag, aber auch durch direkte Darlehen, und einmalige Unterstufungen, wenn es sich um Wohnungen für arme Familien handelt, soll in weit höherem Maße als bisher die Wohnbautätigkeit gefördert werden. Dadurch erhält die Mietzinsangleichung ihren sozialen Sinn. Die steigenden Mietzinsse sollen begleitet sein mit einem steigenden Angebot an Wohnungen, die für die breiten Massen erschwinglich sind, aber auch den Anforderungen der Wohnkultur und Wohnungshygiene entsprechen. Als besonders erfreulich und als wirklichen Fortschritt in der Wohnkultur der Unbemittelten dürfen wir die Vorkehrung buchen, daß die besonders begünstigten Kleinstwohnungen nach dem Entwurfe eine bewohnbare Fläche bis zu sechzig, statt wie bisher höchstens vierzig Quadratmeter haben dürfen, und daß für Zubehörfloße erhöhte Unterstufungen vorgekehrt werden.

Daß die Rechtsverhältnisse der Baugenossenschaften und Bauparkassen geregelt, daß

Milliardenbeträge

verwendet Frankreich für Investitionen.

Paris, 25. März. Der Finanzausschuß der Deputiertenkammer nahm einen Gesetzentwurf an, durch den der Finanzminister ermächtigt wird, Staatsanleihen bis zur Höhe von 3,5 Milliarden Franken auszugeben. Dieses Geld soll für die Ausführung öffentlicher Arbeiten des sogenannten Programms der nationalen Ausstattung verwendet werden.

Die alte Melodie...

Tardieu zur Reparationsfrage.

Paris, 25. März. Ministerpräsident Tardieu gab heute nachmittags im Senate bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums eine Erklärung über die französische Außenpolitik ab, in der er u. a. sagte:

Unter die Einnahmen des heutigen Jahres ist eine Post von 1.175 Millionen Franken aufgenommen, die der am 1. Juli d. J. fälligen deutschen Annuität entspricht. Manche sprechen das Bedauern aus, daß in die Einnahmen eine sichtlich fiktive Post aufgenommen wurde. Das Gesetz legt uns aber auf dies zu tun, da es sonst bedeutungslos wäre, daß wir auf die Reparationen von Deutschland verzichten und das würde uns niemand verzeihen. Möge es der Himmel geben, daß dieser Betrag von 1.175 Millionen sich eines Tages in unserer Kasse befindet, wie dies in unserem Budget vorgesehen ist. Frankreich ist in der Reparationsfrage zu einer Regelung bereit, aber zu einer freiwillig abgeschlossenen Regelung. Es lehnt die Verletzung und Nichtinhaltung der Unterschriften ab. Auf der für Juni vorbereiteten Louvanner Konferenz wird es unsere Aufgabe sein, unsere Ansichten und die der übrigen aneinander näher zu bringen.

Irland feiert den Osteraufstand von 1916

Dublin, 25. März. (Reuter.) In Dublin und in den übrigen Städten des irischen Freistaates werden mit großen Kosten vorbereitete Feiern zum Gedenken des 16. Jahrestages des sogenannten Osteraufstandes, der auf den kommenden Sonntag entfällt, getroffen. Die Feiern wurden

von der irischen republikanischen Armee und von verwandten Gebilden organisiert. Die republikanische Frauenorganisation hat an den Häusermännern und an den Anschlagssäulen in ganz Dublin in großer Zahl Plakate anbringen lassen. In ihnen wird das irische Volk aufgefordert, sich in einem letzten gemeinsamen Aufschwung zusammenzuschließen, um alle Bande zu zerreißen, die Irland mit dem britischen Reich verknüpfen, und eine freie souveräne Republik Irland zu errichten.

Geldbußen gegen spanische Bischöfe.

Madrid, 25. März. Dem Bischof von Almeria ist eine Geldstrafe auferlegt worden, weil er bei einer religiösen Feier in der Kathedrale an der Regierung Kritik geübt haben soll. Das in Almeria erscheinende katholische Organ, in dem die Ausführungen des Prälaten wiedergegeben worden waren, ist beschlagnahmt worden.

Eine Geldstrafe zog sich auch der Erzbischof der Kathedrale von Sigüenza zu, weil er einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem er der Regierung wegen ihrer antiklerikalen Politik scharfsten Kampf ansagte.

Die aus Sevilla berichtet wird, wurden dort die Gründonnerstagprozessionen durch zahlreiche Zwischenfälle gestört. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Auch fielen mehrere Revolverkugeln. Einige Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Die Arbeitslosigkeit wächst!

Stilllegung eines großen Textilbetriebes im Polzental.

Die Firma Gebrüder Grohmann, Spinnerei in Beusen, schließt mit dem 1. April ihren Betrieb. Wie lange die Stilllegung anhalten wird, ist eine Frage der Zeit. Die Firma gibt an, daß sie keine Aufträge hat, um den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten und sie daher gezwungen ist, auf unbestimmte Zeit den Betrieb zu schließen. Rund 200 Arbeiter und Arbeiterinnen werden durch diese Stilllegung arbeitslos. Bei dieser Firma waren früher 600—700 Arbeiter beschäftigt, die bis auf 200 Arbeiter reduziert wurden.

beratende Organe der Wohnungsfürsorge geschaffen werden, daß vor allem die Feststellung des Wohnungsbedarfes, die kommunale Wohnungsvermittlung, die kommunale Wohnungsaufsicht eingeführt wird, sind weitere Beweise dafür, daß der Entwurf das Wohnungsproblem nicht als Objekt des privaten Handels ansieht, sondern von dem Grundsatz ausgeht, daß die Wohnungsfürsorge zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Sozialpolitik, zu einer großen staatlichen Aufgabe geworden ist. Die bürgerliche Kritik sieht in diesen Maßnahmen freilich nichts anderes, als eine Verbellung der Hausbesitzer, und als unnütze Belastung der Gemeinden. So erleben wir das ergötliche Schauspiel, daß die Schöpfer der Verwaltungsreform über Bürokratismus zetern. Aber abgesehen davon, daß die Maßnahmen der Wohnungsvermittlung und Wohnungsaufsicht fast ausschließlich fakultativ in den Willen der Gemeinden gestellt sind, welche trotzlose Enge der Auffassung ist es doch, daß der Staat wohl jeder einzelnen Ernährungsart nachschmeckelt, aber darum, wie das Volk wohl, sich überhaupt nicht kümmern soll! Der agrarische „Beiser“ höhnt, daß der Staat kontrollieren soll, ob jeder in seinem eigenen Bette schläft; aber wir sagen es offen, daß uns die Sorge darum, ob jeder in seinem eigenen Bette schlafen kann, weitaus wichtiger erscheint, als alle Sorgen, die der „Beiser“ sich und seinen Mitmenschen macht, zusammengenommen.

Superfluge Kritiker haben herausgefunden, daß auch der Entwurf des Fürsorgeministeriums keine definitive Lösung des Wohnungsproblems vor allem des Mieterschubes bringt. Aber wenn es, da doch die Entwicklung ununterbrochen fortschreitet, überhaupt nichts wirklich Definitives gibt, so gilt dies um so mehr in einer chaotischen Zeit, wie wir sie durchleben. Der Entwurf sorgt freilich nicht vor alle Ewigkeit vor, aber er trifft die Vorkehrungen, die unter den gegebenen Voraussetzungen notwendig sind und nützlich sind. Er kann die Wohnungsnot, die eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Kapitalismus ist, nicht mit einem Schlage ausrotten, er kann das Unheil, das der Bürgerkrieg schon angerichtet hat, nicht umgekehrt lassen. Aber er sorgt dafür, daß Wohnungen geschaffen werden und daß die Mittel hierzu aufgebracht werden. Er sichert die Mieter vor Obdachlosigkeit und die von der Krise betroffenen Mieter auch vor Vertreibung des Wohnens. Gabe es Sachlichkeit in der Politik, so könnten zu dem Entwurf wohl manche Wünsche in Einzelfragen laut werden, aber über seine Grundzüge müßte sehr rasch das Einverständnis aller Beteiligten herzustellen sein. Aber wieviel sind wir von Sachlichkeit in der Politik entfernt! Da toben die Hausbesitzer in Protestversammlungen über „Völkervereinigung“, während die linien- und wahrheitsliebenden Volkswissenschaftler ihrer Presse, die bisher schon zulässigen Zinserhöhungen, die das Gesetz natürlich abführen muß, als neue Belastungen der Mieter aufschwören wollen. Da charakterisiert der „Venkov“ den Entwurf als Anschlag auf die ärmsten Mieter, denen wahrscheinlich nur durch das Recht des Haus-

besitzes, sie sofort hinauszutreiben, geholfen werden könnte, während Herr Krumpe den größten Fehler der Mietzinsregelung darin erblickt, daß sie von den sozialen Verhältnissen der Mieter abhängig ist.

So sehen wir, wie sich verantwortungslose Demagogie auch in diesem Lebensinteresse der Massen austobt. Wir Sozialdemokraten gehen aber unbekümmert um alles Geschrei

unseren Weg: wir kämpfen für das Obdach der arbeitenden Menschen. Und weil der Entwurf des Ministeriums für soziale Fürsorge den schutzbedürftigen Mietern den Schutz erhalten, den wohnungsbedürftigen Massen Wohnungen schaffen will, ist er in seinen Grundzügen ein guter Entwurf, für dessen Gesehtwerdung wir mit gutem Gewissen kämpfen können und kämpfen werden.

Gegen die Vertuschungsversuche!

Zu dem Bruder Grubenunglück.

Noch immer sind die acht eingeschlossenen Bergarbeiter in Bruch nicht geborgen, und wie die Meldungen besagen, wird auch noch längere Zeit vergehen, ehe es gelingen wird, durch den brennenden Grubenteufel zu den Verunglückten vorzudringen. Wenn es auch noch nicht möglich ist, ein abschließendes Urteil über die Ursachen der Katastrophe abzugeben, so ergeben sich doch eine Reihe von Fragen, die, schon jetzt gestellt, eine Beantwortung dringend erfordern, und zwar:

1. War das Unglück zu verhindern oder einzudämmen?
2. Gesah alles, um die Eingeschlossenen zu retten?

Während sich jeder Mensch mit seinem Urteil etwas zurückhält, glaubt die Generaldirektion der Brüder Kohlenwerke, es für notwendig zu finden, schon durch mehrere Tage hindurch die Öffentlichkeit mit Berichten zu behelmen, in denen alles natürlich immer in schönster Ordnung ist. Diese Tendenzmeldungen sollten von der Öffentlichkeit zurückgewiesen werden.

Die Darstellung der Direktion der Brüder Kohlenwerke fordert aber mehrfach zur Kritik und zum Widerspruch heraus. Wir werden zunächst einige Behauptungen untersuchen: Die Direktion der Brüder Kohlenwerke gibt in einer ihrer letzten Mitteilungen den Zeitungen bekannt, daß die Feuerwächter entlassen oder anderen Arbeiten zugewiesen und daß Oberhäuer an ihrer Stelle dem Feuerwachdienst zugewiesen wurden. Das ist unrichtig und unwahr. Die Feuerwächter versahen noch wie vor ihren Dienst als Feuerwächter auf dieser Grube, aber es war bisher immer üblich, daß bei Feuerschichten die Feuerwächter ihren Dienst versehen. So geschieht es überall.

Andero bei den Brüder Kohlenwerken. Aus aus Ersparungsgründen wurden in der letzten Zeit bei Feuerschichten auch die Feuerwächter nicht zur Schicht bestellt und mußten, das ist richtig, Oberhäuer den Dienst als Feuerwächter versehen. Der einzige Grund für diese Kohlenmeßnahme liegt darin, daß die Feuerwächter schichtweise entlohnt werden und die Oberhäuer im Monatslohn stehen.

das heißt also, man hat die Feuerwächter nur aus dem einzigen Grunde bei Feuerschichten zu Hause gelassen, um einige wenige Schichten Lohn zu ersparen. Welche Wirkungen das auf die Katastrophe und auf ihre schnellste Bekämpfung hatte, soll aufgezeigt werden.

Zugabe, daß der Oberhäuer qualitativ besser ausgebildet ist im Grubenbetrieb, weil er die Bergschule besucht, als der Feuerwächter, im Dienste gegen die Feuergefahr ist jedoch der ständig dabei beschäftigte Feuerwächter, der seinen Grubenteil kennt, der von einem Tag zum anderen in der Lage ist, die Veränderungen an feuergefährlichen Stellen wahrzunehmen, in der Bekämpfung der Feuergefahr besser ausgebildet als der Oberhäuer

oder sonstige Vorgesetzte. Und es liegt zumindest die Vermutung nahe, daß, wenn die ständigen Feuerwächter in der Feuerschicht im Dienste gewesen wären, die Brandgefahr früher entdeckt worden wäre, als es so der Fall sein konnte.

Es sei von vornherein zugegeben, daß der Kohlnoor (Johann-I-Schacht) eine der schwierigsten Gruben in Nordwestböhmen ist. 1. vermöge seiner Tiefe von 400 Metern, 2. wegen seines großen Aufschlusses, 3. wegen seiner komplizierten Wetterführung, hauptsächlich aber wegen der großen Druckgefahr und der leichten Brandbarkeit der Kohle. Die Kohlnoorsole, die dort gewonnen wird, ist die beste Braunkohle der Welt, ihre Wärmeeinheiten betragen über 6000 bis 7000 Kalorien. Da in der Grube zahlreiche Feuerherde bestehen, ist immer etwas Brandgeruch vorhanden. Ein Umstand, der wahrscheinlich ebenfalls in Verbindung damit, daß die ständigen Feuerwächter nicht in der Grube waren, dazu beigetragen haben mag, daß der Feuerherd später entdeckt wurde.

Bei dem, was nach dem Feuererbruch geschehen ist zur Rettung der Verunglückten, gibt es viele nicht aufgeklärte Punkte. Bekanntlich sind die ersten Minuten oder die ersten Stunden nach einem solchen Unglück die entscheidenden. Hier ist die Hilfe noch am leichtesten und gerade hier sind die Berichte der Generaldirektion nicht sehr aufklärend und überzeugend. Es scheint, als ob eine gewisse Vor allem wird es im Zuge der Untersuchung dringend notwendig sein, festzustellen, was von dem Zeitpunkt, wo der Oberhäuer Kugelmüller, der zuerst das Auftreten von Rauch und Kohlenoxydgas festgestellt und darüber die Meldung erstattet hatte, geschehen ist. Allgemein übereinstimmend wird mitgeteilt, daß gegen 12 Uhr der Pumpenwärter Suchy aus der Pumpenkammer telefonisch angerufen hat und erklärte, er könne nur deswegen sprechen, weil er den Kompressor, das heißt, den Aufstieg, geöffnet habe. Hier gehen nun die Meldungen der Tat- und Augenzeugen mit den Berichten der Direktion weit auseinander. Aber aus der Darstellung der Direktion der Brüder Kohlenwerke geht klar hervor, daß die Atmungsgeräte (Andos-Apparate) versperrt waren. Die Direktion teilt sogar mit, daß die Mundstücke zu den Apparaten besonders versperrt waren und sie entschuldigend dies damit, daß die Leute, die die Atmungsapparate abholten, die Vorschriften nicht kannten und auch für den Gebrauch der Rettungsapparate nicht informiert waren.

Wo aber die waren, die zur Bekämpfung der Apparate berufen sind, das wird in dem Berichte verschwiegen.

Die Rettungs- und Atmungsapparate hängen in jeder Grube in einem öffentlich zugänglichen Orte, in der Regel ist es die Steigerkammer, vorbereitet zu sein. Am Johann-I-Schachte waren sie, wie wir aus dem Direktionsberichte hören, in einem Magazin eingeschloß, das nicht gleich gefunden wurde und außerdem waren sie nicht ge-

brauchsfähig, und die Menschen, die in ihrem Gebrauch geschult waren, nicht zur Stelle, so daß in den Rettungsarbeiten in der ersten halben Stunde nach dem Unglück eine wesentliche Verzögerung eintrat, die möglicherweise auf die Rettung der acht Eingeschlossenen von entscheidender Bedeutung sein konnte.

Für das nordwestböhmer Braunkohlengeld bestehen umfangreiche bergbehördliche Vorschriften zur Bekämpfung von Brandgasen und zur Verhütung der aus dieser Ursache herrührenden Unfälle. Sie wurden im alten Oesterreich von einer Kommission geschaffen, die den langatmigen Titel trug: „Kommission zur Bekämpfung der im nordwestböhmer Bergbau eigentümlichen Gefahrenmomente.“ Den Arbeiten dieser Kommission entsprang auch die Brandverordnung der Berghauptmannschaft Prag, Zahl 1811 vom Jahre 1912. Der größte Teil dieser Bestimmungen der umfangreichen Brandverordnung, die 76 Paragraphen hat, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. In dieser Brandverordnung, der Berghauptmannschaft sind eine Reihe von dezidierten Vorschriften enthalten, die beim Kohlnoor nicht reiflos beobachtet wurden. Hier scheint uns besonders die Bestimmung über die Wetterführung nicht zu klappen. Der § 21 und § 22 dieser Brandverordnung sagt unter anderem:

„§ 21. In Schlagwetter- oder brandgefährlichen Gruben sind möglichst viele selbständige, explosionsfähiger abgeordnete Wetterabteilungen zu schaffen, deren Eingießer dem frischen Wetterstrom zu entnehmen und deren Ausgießer in abgemessener Weise, daß andere Belegorte der Grube nicht berührt werden.“

§ 22. Die einzelnen getrennt bewehrten Grubenabteilungen müssen mit Absperrvorrichtungen versehen sein, welche im Notfall eine rasche und verlässliche Isolierung des betreffenden Revieres von der übrigen Grube ermöglichen. Diese Absperrvorrichtungen haben in soliden, gut schließbaren Holztüren mit eingemauertem Türschwanz (Sicherheitsstüren) zu bestehen und sind so anzuordnen, daß ihre Zahl unzulässig gering ausfällt und die Schließung unzulässig mit frischen Wetter möglich ist. Bei oder in der Nähe dieser Türen sind Absperrmaterialien (Ketten zum Verschieben, Ziegel, Kollholz u. dgl.) bereitzuhalten.“

Ob diesen Vorschriften am Kohlnoor nicht entsprochen wurde, ist leicht festzustellen und eine der wichtigsten Aufgaben der mit der Untersuchung betrauten Beamten. In dieser Brandverordnung ist die Errichtung von eigenen Fluchtstrecken vorgesehen. Diese Fluchtstrecken sollen deutlich erkennbar gemacht sein, in schwierigen Fällen auch durch selbst angebrachte Striche, um den Fliehenden im Falle von Rauch und Finsternis zur sicheren Orientierung zu dienen. Wie sah es mit der Errichtung von Fluchtstrecken am Kohlnoor aus, da es sich hier um einen Betrieb mit hoher Brandgefahr handelt?

Waren sie vorhanden, waren sie deutlich sichtbar gemacht und waren sie den Beschäftigten bekannt? Und wenn sie vorhanden waren, was das Entscheidende ist, führten sie in die frischen Wetter?

Das sind Fragen, die von außerordentlicher Bedeutung sind und die bei der Untersuchung über die Ursachen keinesfalls übergangen werden dürfen. Es ist auch noch die eine Frage offen:

„Worum hat man die acht Mann in letzten Drittel ohne Gasmasken in das Revier eufahren lassen, wenn schon beim Schichtwechsel um 10 Uhr der Feuerwächter Kugelmüller auf die Brandgefahr aufmerksam gemacht hat?“

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrle

(Fortsetzung „Der Wälschler“, S. 1. u. 2. d. „Wöhrle“ 11.)

Der Metzger hat zugehört! Von einem der Tiere zum andern geht er und sucht jedem die Halsschlagader auf. In hellem, rieselndem Strahl platzt das Blut in die Becken.

„Säurend, schreiend, schreiend, das Letzte bergend aus dem miffhandelnden Hals, dünnen sich die Tiere auf im Todeskampf. Die Angst verdoppelt ihre Kraft. Die Tieren biegen sich durch und kommen ins Schwanken unter der krampfhaft zuckenden, unablässig sich wehrenden Last. Doch die Stricke, die diese Opfer des Todes halten, sind keine Stricke der Seilergunst, sondern Klotterstricke, die konnt auch eine zehnfach stärkere Kraft nicht zerreißen.“

Der Gefangene taumelt bleich gegen die Wand.

„Mensch, mach nicht schon vorher schlapp!“ ulkt ihn einer der Wächter an. „Wenn du schon hier bei diesem Säurestechen so empfindlich bist, wie willst du erst deine eigene Zeugung bestehn?“

25. Siegmund ist ungnädig, im höchsten Maße ungnädig.

Er hat allen Grund dazu.

Ihm tun noch alle Rippen weh von den nädlich bezogenen Prügel. Außerdem ist er ärgerlich über sich selber. Dürrezeitige Wächter er sich! Solch eine Schande! Das hat man davon, wenn man seine Menschlichkeit wälzen läßt, statt kalt-schnäuzig den politischen Instinkte zu folgen! Wie konnte er nur dieser blöden Mitleidsregung erliegen, diesem sentimentalischen Drang, eine vermeintliche Schuld wider gutzumachen! Heute, im hellen Licht des Tages, muß sich eingestehen,

daß sein Vorhaben, aus nächsterweile im Kerker aufzusuchen, schon in der Anlage eine Wortschwärmerie war! Wie erst, wenn es ausgeführt worden wäre! Die Folgen dieser besoffenen Geschichte liegen sich ja gar nicht absehen! Eigentlich müßte er die landstreichlichen Prügel noch segnen. Sie haben ihn vor einer Torheit bewahrt, deren Auswirkung wahrlich schmerzhafter gewesen wäre, als die davongetragenen blauen Flecke, Beulen und Abschürfungen. Doch Siegmund ist in diesem Augenblick von Rille weit entfernt. Jedesmal, wenn er im Spiegel seine zerfurchende Wade betrachtet, stößt der Zornwunsch in ihm auf, diesen Hund von Wächterposten hängen zu lassen! Ohne langes Vorwort, ohne gerichtsliches Urteil, einfach auf sein königliches Wort hin! Nur die Befürchtung, die Prügel könnten dadurch offenkundig werden, läßt ihn von der Durchführung seines Galgenwunsches absehen.

Judem benagen ihn noch andere Sorgen: Wie ist er eigentlich zur Pfalz zurückgekommen? So scharf er auch nachdenkt, so viel list er auch aufwendet, um sein Gedächtnis und sein Erinnerungsvermögen zu bespödeln, die Geschichte bleibt unklar.

Es klopf. Siegmund schreut aus seinem Brüten auf.

Herr Johann von Schwarzach und der Stadtvogt werden gemeldet.

„Loh die Lumpen rein!“ sagt er ungarisch seinen Leiddienern.

Unter gewöhnlichen Umständen wäre jetzt eine feine Gelegenheit gewesen, seiner Galle freien Lauf zu lassen und die Vertreter dieser verdammten Stadt, in deren Mauern nicht einmal der eigene König seiner Haut sicher ist, herunterzukanzeln! Doch augenblicklich geht das nicht. Im Gegenteil, er muß gegen Bürgermeister und Vogt höflich und zuvorkommend sein. Er braucht die Leute. Sehr braucht er sie, handelt es sich für ihn doch darum, die der Stadt in Pfand gegebenen

Reichsleinodien freizubekommen. Ohne Lösegeld natürlich. Wenigstens für die Dauer der General-Kongregation nächster im Münster, der er vorstehen muß.

Siegmund ist des Erfolges seiner Sache sicher. Wenn er die Herren richtig nimmt, werden sie ein Einsehen haben. Ja, darüber hinaus werden sie sich noch geehrt fühlen, daß sie ihm, dem König, einen Wunsch erfüllen dürfen. Er steht bei dieser Verhandlung schließlich auch nicht ganz mit leeren Händen da. Denn von ihm hängt es ab, die von der Stadt nachgesuchten Privilegien zu bewilligen. Wie hat sich beim Bankett gestern der Bürgermeister den Mund süßig geredet wegen dem roten Jagel im Wappen, dem Trompeter im Felde, dem roten Siegel statt des gelben! Nun, er wird sprachweise einschießen lassen, daß er nicht abgeweißt wäre, wenn . . .

Da, zwei Rüden beugen sich, ein runder, fetter, ein breiter, adiger. Siegmund setzt sein Fanglächeln auf und geht nach der Begrüßung ohne große Umstände auf sein Ziel los.

Herr Johann von Schwarzach, der Bürgermeister der guten und getreuen Stadt Konstanz, verzieht keinen Muskel in seinem übernächtigen Gesicht. Nicht einmal am Bart zupft er, wie's sonst seine Gewohnheit ist. Rein, regungslos wie ein Bildstock hört er die Bittrede an. Der Vogt desgleichen. Der bringt seinen Jagdhundblick nicht mehr von der Pfalz auf Siegmunds Wangen, die beim Sprechen mit auf- und abhüpft. „Aha“, denkt er, „der Trödel schreibt eine ganz anstößige Handschrift! Jetzt möcht' ich erst mal die Mosen vom Hellschädelstiel leben!“

Der König hat geendet. Erwartungsvoll schaut er auf den Bürgermeister. Sein Mund lächelt zwar, aber sein Blick fordert.

Herr Johann von Schwarzach, in diesem Blick seinen Meister spürend, macht eine tiefe Verbeugung und setzt zum Sprechen an. Doch eb er das richtige Wort findet, muß er sich mehrmals

räuspeln. Die Antwort hängt ihm wie eine Klette im Hals.

„Majestät!“, sagt er schließlich mit einem tiefen Seufzer, „ich wüßte nichts, was die Stadt lieber täte, als dem königlichen Wunsch zu willfahren. Aber es ist leider unmöglich . . .“

„Wieso?“ fragt Siegmund rasch.

„Die begehrten Stücke sind nicht mehr in der Pfandkammer!“

Die Sommerprossen in des Königs Gesicht scheinen schwarz zu sein, so bleich ist er auf einmal geworden.

„Nicht in der Pfandkammer? Was soll das heißen?“ Stodend klingt die Frage.

„Diese Nacht ist eingebrochen worden. Die Pfandstücke wurden gestohlen.“

Siegmund braucht Luft, so ist ihm diese Antwort in die Herzgegend gefahren. Er atmet mit offenem Mund, hart, in bestigen Stößen. Er spürt, wie ihm der kalte Schweiß auf die Stirn tritt.

„Das sind nette Zustände in Konstanz, muß ich sagen!“

Der Vogt nimmt diesen mit heiserer Stimme hingeworfenen Verlegenheitsfals als Angriff auf seine Aufseherung und setzt sich auf der Stelle zur Wehr.

„Ich kann mich nicht in hundert Teile zer-schleusen in einer Nacht! Ich kann nicht gleichzeitig bei den Vorführern und bei der Pfandkammer sein!“ sagt er giftig. „Es war sowieso eine tolle, verkehrte Nacht. Doch so viel ist sicher, bevor das Konzilium in unseren Mauern lag, haben wir ehrliehre Zeiten gehabt!“

„Das mag wohl stimmen!“ pflichtet der Bürgermeister bei und zieht zum erstenmal am Bart. Es wird still im Zimmer und bleibt es lange.

„Wer ist der Dieb?“ fragt schließlich Siegmund, bloß um etwas zu sagen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Verbandsstag der A.T.S.

Der zu Pfingsten in Lausitz stattfindende Verbandsstag wird eine stattliche Anzahl von Delegierten bringen. Die offiziellen Delegierten teilen sich auf die Kreise folgend auf: 1. Kreis (Nordmähren): 6, 2. Kreis (Südmähren): 7, 3. Kreis (Schlesien): 9, 4. Kreis (Nordböhmen): 3, 5. Kreis (Nordwestböhmen): 46, 6. Kreis (Westböhmen): 30, 7. Kreis (Ostböhmen): 11. In diesen 112 Delegierten kommen noch die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Kontrolle.

Staribereit zu den Vorturnerprüfungen.

Die Vorkarbeiten sind nun soweit abgeschlossen, daß die Vorturnerprüfungen am 8. April vor sich gehen. Mitglieder der Prüfungskommissionen, die noch nicht im Besitze der Richtlinien für die Durchführung der Prüfung sind, haben diese sofort in Lausitz anzufordern.

Die diesjährige Raimwanderung.

Die Raimwanderungen, die alljährlich von den Arbeiter-Turnvereinen veranstaltet werden, sind schon zu einer festen Einrichtung des A.T.S. geworden. Sie bringen nicht nur alle Abteilungen und Sparten eines Vereines zu einer geselligen Gemeinschaftswanderung, sondern sie haben auch Werbeaufgaben zu erfüllen. Orte mit einer schwachen Arbeiterbewegung werden durchwandert oder aufgesucht und durch Darbietungen vor ansehnlicher Menge bekannt gemacht. In diesem Jahre findet die Raimwanderung am 22. Mai statt.

Wir sind weit davon entfernt, zu behaupten, daß die Rettungsorgane bei den Rettungsarbeiten nicht ihre Pflicht getan hätten. Viele haben mehr als ihre Pflicht getan. Aber dieser Umstand ist es nicht, mit dem die Direktion zu probieren hat und das geht fürwahr auch nicht auf ihre Kosten. Wir wollen auch nicht soweit gehen und behaupten, daß die Direktion im Interesse der Erhaltung der Grube die acht Mann im Stich gelassen hat. Wie die Sache einmal so geblieben war, liegt kein Anhaltspunkt dafür vor, aber daß der einzige Schacht (Luzitschach), der den Leuten hätte Rettung bringen können, nicht im fahrbaren Zustand erhalten war — die Direktion sagt einfach, er war als Fluchtstich nicht eingerichtet — hat die Rettung sicher wesentlich erschwert.

Wenn gerade von diesem verzeigten Schacht aus wäre die Rettung am leichtesten und kürzesten gewesen, einmal wegen der Entfernung zu der Unglücksstelle und das zweitemal, weil die Rester die freigebliebenen Räume gebildet hätten, während sie vom Hauptschacht aus gegen die ausströmenden Kohlenoxydgase und gegen die enorme Rauchentwicklung ankämpfen mußten und nicht vorwärts kamen, sondern den Grubenstich nahe beim Schacht absperrten mußten.

Und es taucht nun die Frage auf, warum die Brücker Kohlenwerke bergbehördlich nicht verhohlen wurden, auch diesen Unfallschicht als Fluchtstich einzurichten. Aus der ganzen Darstellung sowie aus den Mitteilungen von zahlreichen auf dem Johannstschacht Beschäftigten geht hervor,

daß ein organisierter Fluchtweg im Falle einer Brandgefahr überhaupt nicht bestand.

Die Direktion teilt in einer letzten Rundgebung mit, der Kampf mit dem Feuer ist so gut wie beendet, ja, wie aber beendet? Indem behauptet die halbe Grube abgesperrt und die Einzugschächte luftdicht abgeschlossen werden müßten, damit ja kein frischer Sauerstoff eintritt, um die Feuer, wenn schon nicht zu erlösen, so doch stark zu droffeln. Damit sind auch die Lebensmöglichkeiten der in der Grube eingeschlossenen Bergarbeiter verschwinden. Daß die Arbeiter, Aufseher und Ingenieure, die bei dem Kampfe gegen die Feuer geholfen haben, höchstes Lob verdienen, braucht uns die Direktion gar nicht zu überzeugen, das ist sicher unbestritten. Aber wenn die Direktion sagt:

„Dieser Kampf hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß in schwerer Zeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eine Schicksalsverbundenheit besteht“.

so ist das angesichts der Tatsache als eine Ironie zu bezeichnen. Schicksalsverbundenheit besteht bei den Arbeitnehmern und zwar nur bei den Arbeitern, Aufsehern und Ingenieuren. Aber diese Schicksalsverbundenheit wird erschwert und unterbunden durch die Arbeitgeber, das heißt, die Grubenbesitzer, deren Ausbeutungsintentionen verstärkt mit Nationalisierung wirksame Gefahrenabweidung nach wie vor verhindern.

An der Unfallstelle befindet sich Ministerialrat Dr. Jenko von der Inspektionsabteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Prag. In seinem Bericht über die Ursachen der Grubenkatastrophe in Bruch wollen wir die Antworten auf die hier gestellten Fragen und Bedenken nicht vermissen, so wie wir ausdrücklich verlangen, daß der Ministerialrat Rudi des Arbeitsministeriums, der eigenhändig Schöpfer der Vorschriften gegen die Brandgefahr im nordwestböhmischem Braunkohlenreviere, gehört und der Untersuchung beigezogen werde.

Es ist auch die Frage aufzuwerfen, warum das Revierbergamt Brzú nicht den im In- und Ausland anerkannten Fachmann im Grubenrettungswesen Oberbergamt Ingenieur Ryba zum Sachverständigen oder auch nur zum zweiten Sachverständigen herangezogen hat. Wir wollen uns kein Urteil anmaßen über die Qualitäten des Sachverständigen, des Herrn Bergdirektors Kartil von der Prager Bergbaugesellschaft, fest steht aber, daß Ryba ihn im Grubenrettungswesen praktisch und theoretisch übertrug.

„Beratung zu viert?“

Reparaturen, Schulden und Donauprobem.

Paris, 25. März. Die Nachricht von einer baldigen Begegnung des französischen Ministerpräsidenten Lardieu mit dem englischen Premierminister MacDonald ruft in der französischen politischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit hervor. Man erwartet, daß die Begegnung sofort nach den Osterferien erfolgen werde. Die beiden Ministerpräsidenten werden ihre Ansichten über den Plan der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donaufstaaten, andererseits über die Frage der Regelung der alliierten Schulden und über die Vorbereitung zu der für Juni einberufenen Lausaner Reparationskonferenz austauschen.

Diese Zusammenkunft wäre eine Vorbereitung zu einer „Beratung zu viert“ nämlich MacDonalds, des Reichsanzlegers Dr. Brüning, des italienischen Außenministers Grandi und Lardieus. Bei dieser Beratung würden die Vertreter dieser vier Großmächte, die an dem Plane der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donaufstaaten direkt interessiert sind, eingehend ihre Ansichten austauschen.

Man ist der Ansicht, daß diese Zusammenkunft in Genf erfolgen dürfte, wo die Arbeiten der allgemeinen Abrüstungskonferenz am 11. April wieder aufgenommen werden.

Anleihen statt wirtschaftlicher Hilfe?

Paris, 25. März. In dem Schlussbericht und den Empfehlungen des Finanzanschlusses des Völkerbundes erfährt man, daß die Empfehlungen

in ihren Hauptzügen mit dem Geiste des Donauplanes Lardieus übereinstimmen und sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Donaufstaaten aussprechen, welche Zusammenarbeit diese Staaten von finanzieller und wirtschaftlicher Anarchie retten kann. Der Finanzanschuß des Völkerbundes tritt dafür ein, das den Bedürftigsten unter diesen Staaten unter den Auspizien des Völkerbundes Hilfsanleihen gewährt werden, die von den europäischen Staaten garantiert würden.

Oesterreich sollte eine finanzielle Notaushilfe gewährt werden, damit es den Schillingkurs und den Rückendienst seiner Auslandsschulden aufrechterhalten kann.

Was Ungarn betrifft, ist der Finanzanschuß der Ansicht, daß das letzte von Ungarn verkündete Moratorium beibehalten werden sollte, bis in Ungarn wieder der normale Verkauf der Agrarprodukte erfolgt. Diese Grundlage der wirtschaftlichen Situation Ungarns ermöglicht dann eine Gesamtregelung der Schuldnerverhältnisse Ungarns zu seinen Gläubigern.

Für Bulgarien empfiehlt der Anschuß ebenfalls eine 50prozentige Herabsetzung des Zinsendienstes von den Anleihen, bis der Eingang der ausländischen Devisen, welche Bulgarien für seinen Export erhält, die Ueberführung dieser Devisen auf den Zinsen- und Amortisierungsdienst ermöglicht. Für Griechenland empfiehlt der Anschuß die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes, aber die Einstellung des Zinsendienstes auf unbestimmte Zeit.

Gustav Habrmans Begräbnis.

Von 10 Uhr vormittags an zogen im schwarzen verhängten Saal des Prager Volkshauses die Parteigenossen und Freunde am Sarge Habrmans vorbei, welcher mitten unter zahllosen Kränzen und Blumen auf einem von Kerzen flankierten Katafalk aufgebahrt war.

Langsam vor Beginn der Trauerzeremonie füllte sich der große Saal. Außer den Angehörigen war eine große Anzahl von Vertretern der Parteiorganisationen, der parlamentarischen Klubs, staatlicher und anderer Ämter erschienen. Der Präsident der Republik, welcher einen großen Kranz mit der Aufschrift „G. Habrman — I. G. Masaryk“ gespendet hatte, ließ sich durch den Ministerpräsidenten Udrzal vertreten, welcher auch die gesamte Regierung vertrat. Von den zahlreichen anderen Anwesenden seien nur die Genossen Sedyzek, Dzerer und Meißner, als Vertreter unserer Partei die Genossen Dr. Cizek, Dr. Keller und Taub genannt. Die deutschösterreichische Partei hatte den Genossen Skaret entsandt.

Nach dem Vortrage eines Trauerchors nahm im Namen der tschechischen sozialdemokratischen Partei Genosse Tomásek Abschied, namens der deutschen Partei Genosse Doktor Sella.

Die beiden Genossen, die wir in diesen Tagen verloren haben, Rudolf Rudi und Gustav Habrman, waren ein Beweis der unterschöpflichen Kraft, welche in unseren Völkern lebt. Beide haben diese Fähigkeiten als Sozialisten ausgewertet. Eines seiner beiden Ziele, die Selbstständigkeit seines Volkes, hat Habrman erreicht, das andere, die Befreiung aller Völker von der Wirtschaftsnöte, nicht. Wir haben Gustav Habrman hoch geschätzt, die Partei wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Während das „Lied der Arbeit“ erklingt, formt sich der Zug, an dessen Spitze tausende Mitglieder der Prager sozialdemokratischen Organisationen gingen. Auf dem langen Weg vom Volkshaus zum Ministerium für soziale Fürsorge bildeten dichte Menschenmengen Spaltes.

Beim Nationaltheater, von dessen Loggia ein Pfarrer grüßte, hielt der Zug einen Augenblick lang. Ein Choral der Prager Lehrer empfing ihn beim Ministerium für soziale Fürsorge. Dort sprachen Genosse Dr. Soukup, nach ihm Genosse Skaret für die österreichische Partei und Direktor Bafule für die Lehrer und die Schulfugend die letzten Worte. Dann übernahm der Bürgermeister von Pilsen, Gen. Bil, namens des Gauanschlusses der sozialdemokratischen Partei in Pilsen die sterblichen Ueberreste Habrmans.

Während der Gesangverein der Prager Lehrer die Staatsymne sang, wurde der Sarg von dem beweglichen Katafalk in den Leichenwagen der Stadt Pilsen übertragen, in dem er nach Pilsen überführt wird. Dem Leichenwagen folgte eine Reihe Autobusse der Stadt Pilsen, in welchen sich die Trauergäste aus dem Bilsner Gebiete, Delegationen, Vertreter der Partei, der Abgeordneten- und Senatorenklubs usw. befanden. Die Sirenen der Bilsner Industrieunternehmen ertönten in dem Augenblick, als die sterblichen Ueberreste Gustav Habrmans die Hauptstadt verließen. Als die Sirenen ertönten, blieben auf den großen Plätzen die Passanten spontan stehen und verbarnten wie am Tage des Gottesfriedens volle drei Minuten lang in stiller Ergreiftheit.

Pilsen, 25. März. Der Leichenwagen mit den sterblichen Ueberresten des Senators Gustav Habrman traf um 21 Uhr 40 mit einer zvei-

stündigen Verzögerung ein, da der Leichenwagen unterwegs in einigen Gemeinden infolge der großen Menschenansammlungen anhalten oder wenigstens seine Fahrt sehr verlangsamte mußte. Auch in Pilsen wurde der Leichenzug von einer unübersehbaren Menschenmenge empfangen, die das Arbeiterheim „Pello“ dicht umdrängte. Der Sarg wurde in dem reich mit Blumen geschmückten großen Saal auf einem Katafalk aufgebahrt, bei dem Mitglieder des Arbeiterturnvereines die Ehrenwache hielten.

Bier Touristen auf dem Roserboden erfroren.

Salzburg, 25. März. (AP.) Bei einem Touristenunglück auf dem Roserboden fanden drei Personen den Erfrierungstod. Ein vierter Tourist wurde am nächsten Tage mit erfrorenen Händen und Füßen aufgefunden und machte von einem in eine Gletscherspalte gestürzten fünften Touristen Mitteilung. Dieser wurde aus der Gletscherspalte, in der er sich durch 45 Stunden befunden hatte, befreit. Er erlitt nur eine leichte Verletzung am Fuß.

Das Unglück hat sich, wie aus Kaprun gemeldet wird, folgendermaßen abgespielt: In der Nähe des Beerenlopfes stürzte einer der fünf Touristen in eine Gletscherspalte. Die übrigen vier Personen wollten von der Oberwalder Hütte Hilfe holen, verirrt sich jedoch infolge Einbruch der Dunkelheit und mußten im Freien übernachten. Dabei sind drei Personen erfroren, und zwar der 23jährige Willi Kapp aus München, Franz Haberland aus Traunstein und eine Dame, die bisher noch nicht identifiziert werden konnte. Der vierte Tourist, der am nächsten Tage mit erfrorenen Händen und Füßen nach der Oberwalder Hütte gebracht wurde, der Hilfsassistent Hans Ragerer vom Amtsgericht Traunstein, ist Donnerstag Nachmittag gleichfalls verstorben.

Ein fünfter Teilnehmer, der in eine Gletscherspalte gestürzt war, ist mittlerweile von zwei Touristen, die auf dem Wege zum Roserboden waren, gefunden und aus der Gletscherspalte befreit worden, in der er sich 45 Stunden befunden hatte. Er hatte nur eine leichte Verletzung am Fuß und konnte den Weg zum Roserboden auf Skiern zurücklegen. Er heißt Hermann Leonbacher und ist aus Traunstein in Bayern. Die zur Bergung der drei Erfrorenen aufgebroschene Rettungs-Expedition war bis Freitag 9 Uhr 30 noch nicht nach Heiligenblut zurückgekehrt, da sie einen nicht zur Verfügung stehenden Bergführer in der Nähe einer Gletscherspalte am Johannsberg gefangen war, zunächst bergen mußte.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:

Prag: 9.20 Schallplatten, 11.00 Populäres Konzert, 13.05 Jazzmusik, 17.30 Schallplatten, 18.00 Deutsche Sendung: Haydn-Fest, 22.20 Jazzmusik. — Brno: 16.00 Konzert, 18.00 Deutsche Sendung: Bergleser: Stabat Mater. — Berlin: 20.00 Orchesterkonzert. — Breslau: 17.25 Spera im Lied der Zeiten, 20.00 Banker Abend. — Gomburg: 14.45 Deutsch Chorale, 18.20 Mandolinenzug. — Künigsberg: 18.20 Liebeslieder-Walzer. — Königs-musterhausen: 19.00 Konzert aus New York. — Leipzig: 11.30 Bach-Kantate, 20.00 Abendkonzert. — Wien: 9.50 Symphoniekonzert, 13.20 Mandolinenzug, 15.00 Dokumente der Zeit, 22.20 Zweieinhalb Jahre Konsum.

Die Arbeitersänger tagen.

In Bodenbach, wo sie im vorigen Sommer durch ihre Feit einen so starken und gütigen Beweis für den Ernst ihres Wirkens, für den Schwung ihrer Bewegung, die kulturelle Höhe ihrer Leistungen abgelegt haben, treten heute die Arbeitersänger zu ihrem Bundestag zusammen. Es ist das Los auch der Kulturorganisationen, daß sie, zu schönerem und fröhlicherem Tun berufen, doch den nüchternen Fragen der Organisation ihr Augenmerk wie wir zuwenden müssen, daß sie auch nicht um Politik und politischen Kampf herumkommen. Ja indem sie sich eingliedern in die kämpfende Armee der Proletarier, auf Gedeih und Verderb mit der Arbeitersache verbunden, indem sie bei ihren geistigen Bestrebungen bedacht bleiben, den Boden der festgefügtsten proletarischen Massenorganisation unter den Füßen zu behalten, sichern sie sich ja erst Bestand und geschichtliche Bedeutung.

Wie die Turner nicht nur turnen können, so bleibt auch den Sängern jenseits des Musikdienstes harte Organisationsarbeit nicht erspart. Der Bundestag der Arbeitersänger wird dieser Aufgabe dienen. Wir wünschen unseren Freunden und Genossen bestes Gelingen ihrer Beratungen, wir grüßen die Vertreter der Arbeitersänger und hoffen, daß sie auch von ihrer Quartierung mit neuem Mut zu neuen Zielen sich wenden werden. Gerade jetzt hat der Arbeitersängerbund schwere Anfechtungen durch die Spalter zu bestehen, die ihre Angriffe heute gegen die letzten, seinerzeit der Spaltung entgangenen Verbände richten, um mit Lug und Trug, Disziplinbruch und Bergevalthung der selbstgesetzten Statuten sich ein Exerzierfeld für ihre Demagogie zu schaffen. Wir hoffen, daß die Arbeitersänger entschlossen und stark genug sein werden, mit den Schädlingen der Bewegung fertigzuwerden und ihre Organisation entwicklungsfähig zu erhalten.

Die Arbeiter-Sänger-Bewegung gehört zu unseren ältesten Kulturbewegungen. Sie hat sich von kleinen und bescheidenen Anfängen zu beachtlicher Höhe aufgeschwungen, ist nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem durch ihre Leistungen gewachsen. Wer sich der Darbietungen vor allem der Auffiger Volkssing-Gemeinde auf dem Reichsarbeiteritag und beim Bodenbacher Bundestag erinnert, wird wissen, daß unsere Sängere sich mit jedem bürgerlichen Verein messen können, ja daß sie es auch mit Berufschoren gut und gern aufnehmen. Dabei sind der Sängerbewegung weit größere Schwierigkeiten entgegengesetzt als etwa der Turn- und Sportbewegung. Bringen die Proletarier für diese die Körperkraft, eherner Muskel- und härtester Knochen mit, so erfordert der gepflegte Gesang Musikalität und Schulung, Kenntnis der Notenschrist und mancher anderen theoretischen Hilfsmittel. Das Stimm-Material der Proleten, die aus ständigen Kontoren und Fabriken kommen, der Frauen, die ausgezehrt von Arbeit und Sorge sind, kann nicht leicht dem wohlklingenden und genährten Stimm-Material bürgerlicher Vereine angeglichen werden. Dennoch haben unsere Sänger es geschafft und sich den Rang der Ebenbürtigkeit erobert. Zeit Jahren wenden sie sich ersten künstlerischen Aufgaben zu. Wir wünschen ihnen und uns, daß sie auf diesem Wege erfolgreich fortfahren. Denn wir brauchen die Arbeitersänger. Gerade die Modernisierung unserer Werbemethoden, der Ausbau unserer Festkultur weist den Arbeitersängern im Rahmen der Gesamtbewegung einen Platz in vorderster Reihe an, an dem wir sie nicht missen können. Die organisatorische Stärke und Schlagkraft sind die Grundlagen dieses für uns als Klasse so nötigen kulturellen Wirkens. Möge der Bodenbacher Bundestag, dem wir unsere Grüße entbieten, diese Grundlagen festigen und verbreitern, damit die Arbeitersänger uns weiter so schön Gaben bringen können, wie wir sie in den letzten Jahren von ihnen in reichem Maße erhielten!

Telephonänderung
 unserer Prager Zentralredaktion:
 Nachredaktion (ab 21 Uhr) neu: **338-58**
 (früher 267-97)
 bei Tag unverändert: 267-95, 314-69

Die Operation.

Von Michal Zoschischewski.

Diese kleine peinliche Geschichte erlebte Genosse Peter Jachschikow. Obgleich es eigentlich eine ganz geringfügige Sache war. Ein Wunder, daß sie dabei nicht danebengefallen haben. Rühmlich bei der Operation.

Freilich, so rasch ging das nicht. Im Gegenteil, ganz ungewöhnlich langsam. Denn Peter war nicht derjenige, der sich so ohne weiteres schneiden ließ. Sagen wir es geradeheraus: er war kein solcher Mensch. Nichtsdestoweniger erlebte er eine peinliche Geschichte.

Obgleich, wenn wir ganz aufrichtig sein wollen, eigentlich gar nichts Peinliches geschehen war. Der Mensch hatte einfach nicht damit gerechnet. Nicht überlegt. Er ging eben zum erstenmal zu einer Operation, und war daran nicht gewöhnt.

Peter bekam nämlich ein Gerstenkorn. Das obere Lid des rechten Auges begann anzuschwellen. Und im Verlauf von drei Jahren wurde es fast so groß wie ein Tintenfisch.

Peter Jachschikow ging endlich auf die Klinik. Dort empfing ihn eine junge Doktorin, eine interessante Person.

Die Doktorin sagte zu ihm:
 „Wie Ihr wünscht. Wenn Ihr wollt. Können wir das schneiden. Wenn nicht, laßt es so, wie es ist. Ihr werdet daran nicht sterben. Und viele Menschen, die auf ein allgemein anerkanntes Leiden feinen besonderen Wert legen, vertragen den ständigen Anblick einer solchen Beule ganz ruhig.“

Peter entschloß sich jedoch mit Rücksicht auf die Schönheit für eine Operation.

Die Doktorin befahl ihm daher, morgen zu kommen.

Am andern Tag wollte Peter Jachschikow gleich nach der Arbeit zur Operation gehen. Dann aber überlegte er:

„Es betrifft zwar nur das Auge, also etwas Äußerliches, und die Operation ist, wie man sagt, keine innerliche, aber der Teufel weiß, ob sie mir nicht anhaftet, mich auszuziehen. Die Doktorin ist eine geheimnisvolle Sache. Vielleicht sollte ich doch noch einen Sprung nach Hause machen und ein frisches Hemd anziehen.“

Peter lief nach Hause.

Hauptsächlich deshalb, weil die Doktorin jung war. Peter hätte sich gern vor ihr gezeigt. — wenn auch der Anzug nicht gerade bezaubernd ist, ist dafür das Hemd, bitte, erstklassig.

Mit einem Wort: Peter wollte nicht in Verlegenheit kommen.

In Hause zog er ein reines Hemd an, rieb dort Hals mit Benzol ab, wusch sich die Hände unter der Wasserleitung, wuschelte den Schnurrbart auf und ging zur Operation.

„Hier ist der Operationstisch,“ sagt die Doktorin. „Da habe ich die Bonzette und da ist ihr Versteck. Es wird gleich vorüber sein. Zieht die Schuhe aus und legt Euch auf den Operationstisch.“

Da war nun Peter doch in einer kleinen Verlegenheit.

„Damit habe ich gar nicht gerechnet,“ denkt er. „Da habe ich die Schuhe werden ausziehen müssen. Das ist ja ein fertiges Ereignis. Verdammte! denkt er, „meine Socken sind nicht gerade besonders, wenn ich nicht sagen soll schlecht.“

Peter Jachschikow begann die Bluse auszuziehen, um, sozusagen, die andern unteren Anzuelementen zu beschönigen.

Die Doktorin sagt:
 „Die Bluse laßt an. Ihr seid doch in keinem Sotiel hier. Nur die Schuhe zieht aus.“

Peter macht sich daher an seinen Schuhen zu schaffen. Dann sagt er:

„Aufrichtig gesagt,“ meint er, „würde ich nicht, Genossin Doktorin, daß ich mich werde niederlegen müssen. Ich habe doch die Krankheit in den Augen, also oben — ich habe damit nicht gerechnet. Aufrichtig gesagt,“ meint er, „Genossin Doktorin, habe ich nur das Hemd gewechselt, aber nicht mehr. Das Uebrige,“ meint er, „beachten Sie bei der Operation nicht.“

Die Doktorin, erwidert durch die höhere Bildung, entgegen:

„Also mach' rasch. Die Zeit ist kostbar.“
 Zimmerin lacht sie durch die Zähne.
 Dann operiert sie das Auge. Schneidet und lacht. Sie braucht nur auf die Füße zu schauen und schon lächelt sie, daß ihr fast die Hand zittert. Und beinahe hätte die zitternde Hand danebengefallen!

Ja kann man denn ein Menschenleben einer solchen Gefahr aussetzen?

Die Operation jedoch gelang vorzüglich. Und Peter hat jetzt das Auge ohne Beule.

(Aus dem Aufsätze überlegt von Julius Mader.)

Die englische Kirche für die Geburtenbeschränkung.

Geistliche als Berater der Verlobten und jungen Eheleute.

Wir lesen in der „Arbeiter-Zeitung“:

Niemals ist in der Welt so viel Elend, so viel Not und Hunger gewesen wie jetzt, da dreißig Millionen Menschen zum Feiern verurteilt sind. Und in solcher Zeit sollen die Mütter weiter zum Gebären gezwungen bleiben? Auch wenn sie ihren Kindern keine Nahrung bieten können? Auch wenn die Väter am Samstag keinen Lohn bekommen? Niemals ist darum Massenaufklärung über Geburtenbeschränkung an Stelle notwendigerer Abwehrenden, rechtzeitige Empfängnisverhütung an Stelle von Mütterleid und Kindersterben so unabwendbar gewesen wie heute. Dieser dringenden Notwendigkeit der Volksgesundheit, dieser sozialen und sittlichen Forderung dürfen sich gerade Träger der Kirche nicht verschließen, die doch Wertung der christlichen Kastenehre sein wollen. Aber selber gibt es keinen ärgeren Haß der Sittlichkeit, wie in vorübergehender Verblüffung, in verhärtetem Kinderleid und Kinderhungertod, als den katholischen Klerikalismus.

Um so bedeutungsvoller und erfreulicher, was sich auf dem Gebiet der Geburtenbeschränkung gerade jetzt in England vollzieht.

Ein Wegweiser für Verlobte und junge Eheleute, ein Abse der Geburtenbeschränkung befindet sich soeben in Druck, das von der englischen Gesellschaft für Sozialhygiene herausgegeben wird. Es erscheint mit Zustimmung des Primas der englischen Kirche, des Erzbischofs von Canterbury, Dr. Lang, ja, auf ausdrückliches Verlangen der geistlichen Behörden.

Wie der „Dolly Herald“ berichtet, haben auch die Vertreter anderer Religionsgemeinschaften, einschließlich des Oberabblers, dem Werk ihre Genehmigung erteilt oder in Aussicht gestellt.

Das Buch wird unter anderem eine sorgfältige Darstellung der praktischen Methoden der Empfängnisverhütung, verfaßt von medizinischen Sachverständigen, enthalten; Vorteile und Nachteile der einzelnen Methoden werden angeführt.

Die Mitwirkung der anglikanischen Kirche bei diesem bemerkenswerten Unternehmen gründet sich

auf einen Beschluß, den die letzte anglikanische Bischofskonferenz vor mehr als Jahresfrist gefaßt hat. Der Beschluß lautete:

„In allen Fragen der Ehe und des Geschlechtslebens betont die Konferenz die Notwendigkeit der Erziehung. Es ist wichtig, daß, bevor die gefühlsmäßige geschlechtliche Reaktion des Kindes einsetzt, ihm Aufklärung im Sinne der natürlichen Einfachheit und Schönheit gegeben werde.“

Die Konferenz betont die Notwendigkeit der abschließenden Vorbereitung für jene Mitglieder der Kirche, die im Begriffe stehen, sich zu verheiraten.

Auf Grund dieser Beschlüsse ist die Gesellschaft für Sozialhygiene an den Erzbischof von Canterbury mit dem Vorhabe herangetreten, sich bei der Durchführung dieser Beschlüsse der Mitarbeit der genannten Gesellschaft zu bedienen. Der Erzbischof hat diesen Vorhabe angenommen und die Sache einem Ausschuss übertragen, dessen Vorsitzender der Bischof von Blackburn war. Das Ergebnis der Beratungen ist nun das erwähnte Handbuch.

Die Gesellschaft für Sozialhygiene beabsichtigt, dieses Buch allgemein zugänglich zu machen. Sie hat auch die Absicht, eine Beratungsstelle für Ehe- und Geburtenbeschränkung zu eröffnen.

Bei auch nur einigermaßen die Verhältnisse in England kennt, wird die ganze Tragweite dieser Tatsache ermessen. Noch vor wenigen Jahren war England geradezu das klassische Land der frömmelnden bürgerlichen Heuchelei in allen geschlechtlichen Fragen. Wer das Wort Geschlechtslehre auch nur andeutete, galt als schändlich und das erste Ausschließen der Idee der Geburtenbeschränkung führte immerhalb der Arbeiterpartei zu heftigen Auseinandersetzungen. Daß nun in den letzten Jahren unter dem Druck übermächtiger wirtschaftlicher und sozialer Zustände diese Widerstände einer veralteten, unfähig gewordenen Moral so rasch wegeräumt werden konnten, daß heute selbst die englische Geistliche die Geburtenbeschränkung mit Recht in den Bereich ihrer Seelsorge aufnehmen, beweist die unabweisliche Gewalt dieser Entwicklung und — macht der Klugheit der englischen Kirche alle Ehre.

Tagesneuigkeiten

Frage an Alle!

Gehst du mit uns?
 Du kannst es nicht erfassen,
 der Menschheit Heer, das in die Sonne strebt,
 das alle Kümmerlein zurückgelassen
 und hoffend nur dem neuen Tage lebt.

Gehst du mit uns?
 Auch du mußt mit uns streiten!
 Es lacht der Morgen schon in Flur und Dage;
 rosiges Glüh im Frühschein alle Weiten.
 Sieh, es erblüht ein neuer Maientag!

Gehst du mit uns?
 Schon lockt es nah und ferne
 und blühen will nun auch der labste Strauch.
 Am Morgenhimmel glimmen noch die Sterne.
 Gedulde dich, bald kommt die Sonne auch.
 Hans Honheiser.

Ist die Post für die Bürger da oder umgekehrt?

Die Post ist ein Geschäftsunternehmen wie viele tausende andere im Lande. Sie hat allerdings einen Vorteil, den die übrigen Geschäftsbetriebe nicht haben: ihr ist das Monopol der Brief- und Paketverteilung zu eigen. Das kommt der Staatsbürger auch zu spüren. Viel wichtiger als die ordentliche Postbedienung ist den Postdirektionen die Schiffanierung ihrer Kunden und Auftraggeber. Dieser Tage wurden alle deutschen Zeitungen und Zeitschriften mit einer Mitteilung beglückt, in welcher unter Bezugnahme auf den Erlass Zahl 326.122/VII vom 24. Dezember 1931 gefordert wird, daß bis spätestens Ende März d. J. alle Zeitungspakete, welche für die einzelnen Orte bestimmt sind, auf der Schleiße mit der amtlichen Bezeichnung der Poststation in der Staatsprache versehen sein müssen. Es „kann“ dann auch der Ortsname in der Minderheitsprache beigelegt werden, sofern eine solche Bezeichnung im amtlichen Verzeichnis der Post- und Telegraphenämter vorkommt. Als „Zeitungspakete“ werden in diesem Sinne schon zwei Zeitungen verstanden, die an verschiedene Adressen, aber in eine Poststation gehen. Die Bahnpakete müssen ausschließlich mit dem Ortsnamen in der Staatsprache bezeichnet werden.

In liebenswürdiger Weise wird dann hinzugefügt, daß Zeitungen, die nach dem 31. März nicht in entsprechender Weise abgestellt zur Postexpedition aufgegeben werden, zur Postbeförderung entschieden (rozhodno) nicht mehr angenommen, sondern bedingungslos dem Absender zur Verfügung gestellt werden.

Man redet gerade sehr im Zusammenhang mit der Auflösung einiger extremer Organisationen reichlich viel von der Demokratie und ihrem Schicksal. Die Demokratie gegen eine übermächtige Bürokratie zu schützen hält man aufwendend nicht für notwendig. Ganz abgesehen davon, daß die amtlichen Ortsbezeichnungen ununterbrochen geändert werden und viele Postbeamte selbst nicht wissen, wie der amtliche Name irgendeiner Poststation ist, würde es uns doch interessieren, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die Postdirektion diese neueste Schikane erlassen hat. Es kann doch für

die Deutlichkeit nicht genügen, daß irgendein Bürokrat ausgerechnet am Weihnachtsabend irgendeiner Laune nachgebend einen völlig unmotivierten Erlass herausgibt! Die Post ist dazu da, daß ihre Kunden ordentlich bedient werden, das heißt, daß der Brief- und Paketverkehr so organisiert wird, um den modernen Verkehrsansprüchen zu genügen, aber nicht dazu, um auf eigene Faust Sprachpolitik zu betreiben. Und es wäre sehr zu empfehlen, daß eine große Zeitung die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht ergreift. Mit dieser Mafelstichpolitik überheblicher Postbürokraten, die aus den Geldern der Allgemeinheit leben und keine Zeit haben, sich um ordentliche Briefzustellungen zu kümmern, so daß ein Brief von Prag nach Prag oft 24 Stunden braucht, muß endlich einmal Schluss gemacht werden!

Fehlerhaftes Gewehr — ein toter Soldat.

Ungvar, 25. März. In der Waffenwerkstätte des Infanterieregimentes 45 in Chust wurde bei der Reparatur eines geladenen fehlerhaften Militärgevähres der Soldat Josef Dvofak, der den Dienst eines Hülfswaffenschmiedes versah, in den Unterleib getroffen. Schwerverletzt wurde Dvofak in das Landeskrankenhaus von Zoljus überführt, wo er einer Operation unterzogen wurde, doch ist er gestern seiner Verletzung erlegen.

Kommissionell wurde festgestellt, daß der Schuß infolge des Fehlers des Gewehres lösging, das der Regimentswaffenmeister Rottmeister Josef Vosk repariert hatte. Es wurde das entsprechende Verfahren eingeleitet.

Oberlandesgerichtsrat erzieht sechs Angehörige und sich selbst.

Jena, 25. März. In einem Hause der Westendstraße spielte sich in der vergangenen Nacht ein Familiendrama ab, das sieben Menschen das Leben gekostet hat. Der Oberlandesgerichtsrat Dr. Wihlem Reuter, der mit seiner Frau in Scheidung lebte, hat diese, seine beiden noch nicht schulpflichtigen Kinder, seine bei ihm wohnenden Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte und sich selbst erschossen. Sechs Personen waren sofort tot, die sechste starb im Laufe der Nacht. Unglückliche Familienverhältnisse und die bedauerliche Trennung der Familie sollen den Oberlandesgerichtsrat zu dieser furchtbaren Tat veranlaßt haben.

Entlassungen in der Neujahrer Glasfabrik. Aus Karlsbad wird uns berichtet: Die Leitung der Glasfabrik Neujahr hat die Entlassung von 150 Glasmachern zum 1. April verfügt, nachdem schon seit Monaten die Arzearbeit eingeführt war. Die Vertrauensleute der betroffenen Arbeiter hatten bei der Gewerbebehörde interveniert, damit die Kündigungen wieder rückgängig gemacht werden.

Der Joachimsthaler „Radiumtod“. Die uns aus Joachimsthal berichtet wird, ist dort der Arbeiter Robert Weimann des Radiumbergwerkes im Alter von 38 Jahren unter Ercheinungen gestorben, die allgemein als „Radiumtod“ bezeichnet werden und die auf die Ausstrahlungen des Gesteins in den staatlichen Radium-

bergwerken zurückzuführen sind. Wann endlich wird der von unserer Fraktion geforderte Schutz der Bergleute gegen den Radiumtod verwirklicht werden?

Nord an einem Dienstmädchen. Donnerstags nachmittags um 4 Uhr kam zu der Dienstmagd Anna Kindermann, geboren 1910 in Bröllas bei Paderborn, die auf einem Felde zwischen Sosa und Brüg beschäftigt war, der 23 Jahre alte Josef Kramer aus Pilschan, Bezirk Sosa, und begann einen Streit mit der Kindermann, der aus gegenseitigen Beziehungen entstand. Im Verlaufe des Streites schlug Kramer mit einer Schaufel auf die Kindermann ein, zog dann einen Revolver und tötete sie durch einen Schuß in den Kopf. Dierauf richtete Kramer die Waffe gegen sich. Er wurde mit einer schweren Kopfverletzung in das Krankenhaus in Brüg eingeliefert.

Lindberghkind — Kummel in Olmütz. Im Zuge, der um 8 Uhr früh von Währ. Schönberg nach Olmütz fährt, befand sich am Freitag ein Mann, der ein etwa zweijähriges Kind bei sich hatte. Der Mitfahrenden erschien der Mann verdächtig und einige unter ihnen stellten fest, daß das Kind eine große Ähnlichkeit (!) mit dem entführten Lindberghkind habe, nach welchem in letzter Zeit auch in einigen europäischen Städten gesucht wird. Noch aus dem Zuge alarmierten die Reisenden die Olmützer Polizei und machten sie auf ihren Verdacht aufmerksam. Die Polizei traf sicherheitsshalber Maßnahmen, daß der Mann bei Ankunft des Zuges um 10 Uhr in Olmütz angehalten und sichergestellt werde. Die Nachricht, daß das Lindberghkind in Olmütz sei, verbreitete sich rasch in der ganzen Stadt und rief großes Aufsehen hervor, so daß der Bahnhof von zahlreichen Neugierigen umlagert wurde und die Polizei genötigt war, zur Aufrechterhaltung der Ordnung Verstärkungen heranzuziehen. Am Bahnhofsaustritt wurde der Mann angehalten. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen Professor aus Währ. Schönberg handelt, der sein krankes Kind in das Landeskrankenhaus in Olmütz bringen wollte.

Eine grauenvolle Bluttat wurde Freitag morgens im Norden Berlins entdeckt. In der Bergstraße wurden die 33jährige unverheiratete Klara Engwisch und ihre drei Kinder im Alter von zwei bis sieben Jahren an den Wänden ihrer Betten erhängt aufgefunden. Die Nordkommission stellte fest, daß Klara Engwisch, die im achten Monat schwanger war, offenbar in einem Anfall heftiger Depression diese Wahnsinnstat begangen hat. Die so tragisch aus dem Leben Geschiedene ist bis vor kurzem Reinnachfrau bei einer Möbelfirma gewesen. Sie mußte diese Stellung jedoch wegen ihrer Schwangerschaft aufgeben und bezog seither für sich und ihre drei Kinder Wohlfahrtsunterstützung.

Filmjungen mit eingefrorenem Hintergrund? Ein junger Oesterreicher, namens Zellinek, hat ein Verfahren ausgearbeitet, das gestattet, gegen eine Projektionswand geworfene Abbildungen zugleich mit den im Vordergrund aufgebauten Kulissen und den handelnden Schauspielern kinematographisch derart aufzunehmen, daß der so entstandene neue Film vollkommen einheitlich erscheint. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, an beliebiger Ort und zu beliebiger Zeit aufgenommenene Filme als Hintergründe für ein im Atelier anzupassende Spielfilme zu verwenden.

Wiedereröffnung des Dampferverkehrs auf der Elbe. In den letzten Tagen wurden die Landungsbrücken für die Dampfer der böhmisch-tschechischen Elbeaktiengesellschaft wieder an ihre alten Plätze gebracht, und am Samstag, den 26. d., wird der Dampferverkehr auf der Elbe zwischen Aiea—Dresden—Tetschen—Aussig—Weitmeritz wieder aufgenommen werden.

Wagner in London. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage sollten in diesem Jahr die ausländischen Gastspiele in der Londoner Covent Garden-Oper ausfallen. Aufgrund vielfacher Wünsche beschloß das Syndikat der Londoner Covent Garden-Oper nun doch noch, in der Zeit vom 9. Mai bis zum 3. Juni „Deutsche Wagnerfestspiele“ zu veranstalten.

Zum Range Parbod. Unter Leitung des Münchner Touristen Willi Merkel startet im April in München eine Expedition zum Hauptgipfel des westlichen Himalaya, dem 8120 Meter hohen Range Parbod. Das Unternehmen wird in erster Linie durch eine deutsch-amerikanische Spende ermöglicht. Insgesamt werden im Laufe dieses Jahres drei Expeditionen des Himalayagebietes zu erforschen versprochen.

Bankhaus veruntreut eine Million Floty. Bei der Warschauer Staatsanwaltschaft erstattete der vor kurzem aus Chicago zurückgekehrte polnische Emigrant Monzyski eine Strafanzeige gegen den Hauptinhaber des bekannten Warschauer Bankhauses Stanislaus Kwinto & Cie. wegen Veruntreuung von 80.000 Dollar, welche Monzyski nach seiner Rückkehr aus Amerika bei dieser Bank erzielte. Gleichzeitig ist bei der Staatsanwaltschaft eine zweite Anzeige gegen dieses Bankhaus seitens eines Großgrundbesitzers wegen Veruntreuung von 400.000 Floty eingeleitet. Auf Grund der sofort eingeleiteten Untersuchung wurde der Hauptinhaber des Bankhauses Stanislaus Kwinto verhaftet. Der Inhaber der Bank, Direktor Rogan, der vor seiner Verhaftung aus Warschau flüchtete, wird strafrechtlich verfolgt. Die Untersuchung ergab, daß das Bankhaus zum Schaden seiner Klienten insgesamt über eine Million Floty veruntreute.

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Nach siebenjährigem Prozeß — ein Vergleich.

Die Nationaldemokraten und ihr abtrünniger Generalsekretär.

Prag, 25. März. Der frühere Generalsekretär der Roma-F. Partei, Herr Franz Slaváček, der inzwischen zur Sibirien-Liga übergegangen ist, hatte den Redakteur Leo Schrába im Jahre 1925 wegen eines Artikels im „Rozhodnutí“ verklagt, weil in dem betreffenden Aufsatz behauptet worden war, daß Slaváček während des Krieges von der italienischen Regierung bei einem Ansehenhalt in Rom 10.000 Lire auf etwas mysteriöse Art zugewendet erhalten habe. Slaváček hatte im Zuge des sich entspannenden Prozesses erklärt, dieser Betrag sei eine Entschädigung für den Verlust der österreichischen Offizierscharge und eine Art Ausrichtungsgeld gewesen. Mit der bei Prozeßbeginn üblichen Pöbeligkeit gelangte das Schöffengericht fünf Jahre später zu einem verurteilenden Erkenntnis und Schrába wurde eine Strafe von 1000 Kronen bedingt zugewiesen. Er suchte das Urteil an und auch Slaváček legte Berufung wegen zu niedriger Strafe ein.

Das Oberste Gericht verwies den Fall zu neuerlicher Verhandlung an die erste Instanz zurück, mit der Weisung, den Punkt zu prüfen, ob Slaváček durch die Annahme des Geldes sich seinerseits in den Augen der italienischen Öffentlichkeit irgendwie bloßgestellt oder sich etwas vergeben habe.

Allein bei der heutigen Verhandlung zeigte sich die folgende Partei trotz bisheriger Reden und Gegenreden doch zu einem gütlichen Vergleich bereit. Der Grund liegt darin, daß die Klage und später auch die Berufung im Auftrage der nationaldemokratischen Partei eingeleitet wurden, die auch die hiesigen sehr respektablen Kosten des siebenjährigen Streites zu tragen hat, aber jetzt natürlich keinen Grund mehr hat, für ihren Ex-funktionär, der gegen sie vom Sibirien-Lager aus eine beständige Kampagne führt, noch weitere Summen zu opfern, während Slaváček selbst an der weiteren Verfolgung der Sache kein besonderes Interesse hat. Schließlich behielten sich die Anwälte vor, die Genehmigung ihrer Mandanten, begg. ihrer finanzierenden Parteielasse zu dem vorkupflich geschlossenen Vergleichsvereinbarmen einzuholen.

Die Massagepalons.

Prag, 25. März. Heute sollen vor dem hiesigen Bezirksgericht neuerlich zwei Strafsachen verhandelt werden, die sich um jene Betriebe drehen, die man als Massagepalons bezeichnet und gegen die einerseits die Bürgerpresse in scharfer Entschlossenheit Sturm lief, bis sich schließlich der heilige Born dieser Presse der polenlangen Ausratenaufträgen dieser Unternehmungen verschloß. Es kam zu einigen Gerichtsverhandlungen, die in neuaunderneig Projekt der Fälle zum Freispruch des Unternehmers führten (speziellens in der zweiten Instanz), weil der Tatbestand, so klar er scheinen mochte, doch nicht eindeutig nachzuweisen war. Da sich die Angeklagten jedoch nicht eingestellt hatten, mußte der Richter die Sache vertagen. Der Verteidiger beantragte im übrigen den Ausschluß der Öffentlichkeit, welchem Antrage der Richter auch stattgab.

Morgen Urteil gegen Prof. Wunder

Prag, 25. März. Am morgigen Samstag, der schon als halber Feiertag zu betrachten ist, wird vor dem einzigen morgen noch antretenden Senat (Ost. Marsch.) der Berufungsbrospekt gegen den Kadetten Professor Dr. Robert Wunder zu Ende geführt, der zwei Kollegen und einen Kadetten Arzt bei der Prager Polizeidirektion aus schwerer fälschlich demunziert haben soll. Die Entscheidung liegt im Gutachten der Schöffengerichtspräsidenten, die angestrichelt der fortgesetzten Unschlüssigkeiten der Angeklagten eine wohl eingehende Untersuchung des vollständigen Schriftmaterials vorgenommen haben. Das Urteil wird mit großem Interesse erwartet.

Kunst und Wissen

Arbeiterdarstellung „Marquis von Keith“, eines der berühmtesten und hübenwicklungsreichsten Schauspiele von Frank Wedekind, am Sonntag, den 10. April, um halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater. Karten täglich von 8—9 und 4—6 Uhr bei Optiker Deutsch, Groden, Palais Koruna.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 6 Uhr: „Parfissal“. — Sonntag, 2 Uhr: „Madame Dubarry“; halb 7 Uhr: „Faust“ (134—II). — Montag, 8 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg“ (135—III). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Madame Dubarry“

(136—IV). — Mittwoch, halb 7 Uhr: „Faust“ (137—I). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Der Freischütz“ (138—II). — Freitag, halb 8 Uhr: „Kabale und Liebe“ (139—III). — Samstag, halb 8 Uhr: „Max Wallenberg: Eine gute Empfehlung“, Eins, zwei, drei. — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 Uhr: „Faust“ (R. N. Arbeiterchor); halb 8 Uhr: „Romo-Fant“ (Max Wallenberg). — Montag, halb 7 Uhr: „Faust“ (140—IV).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag, halb 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Premiere). — Sonntag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“. — Montag, 8 Uhr: „Die ungeklärte Ebe“. — Dienstag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“. — Mittwoch, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Abonnement). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Diktatur der Frauen“. — Freitag, halb 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Aufführungsbandesfreunde). — Samstag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Abonnement). — Sonntag, 3 Uhr: „Jatimiläten“ (Abonnement); 8 Uhr: „Die ungeklärte Ebe“ (Abonnement). — Montag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“ (Abonnement).

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes
kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Groden 2, Palais „Koruna“, ausführen.

Perseidbad Konstantinbad. 120 Jahre sind es her, daß einige einfache Bauern aus dem kleinen Dörfchen Rendob bei Weizitz ihre letzten Mittel opferten, um das heute noch bestehende „Alte Bad“ aufbauen zu können. Denn das vor Jahren erbaute, mitten im Moore gelegene hölzerne Bädchen mit seinen primitiven 4 Stüben erwies sich viel zu klein, um die vielen, vielen Hilfesuchenden aufnehmen zu können. Die überaus raschen Wirkungen an den zahlreichen Kranken vermehrten den Ruf des „Stifter“, wie das kleine Bad vor 100 Jahren genannt wurde. Aus den Tagen mußten die von weit herkommenden, an allen Gliedern gekrümmten Kranken getragen werden, und schon nach einigen Wochen konnten sie die Reise in die Heimat zu Fuß zurücklegen. Im Jahre 1898 übernahm Fürst Konstantin von Rosenfeld das Bad, und nun ging es vorwärts. Der Badeteich wurde angelegt, die ganze Umgebung wurde zum Park, ins Haus selbst kamen die nötigen Bodelabnen und eine Dampfheizung. Berühmte Gelehrte untersuchten die Quellen auf ihre Heilkraft, und das überaus günstige Resultat veranlaßte die Errichtung eines eigenen Bädchens in unmittelbarer Nähe der Quellen. Immer mehr und mehr Kranke kamen, und alle fanden hier Heilung ihrer Leiden. Herz- und Frauenkrankheiten, Gicht, Rheumatismus, Gelenks- und Respirationsleiden, Blutarml, Arterienverkalkung, Lähmungen usw. wurden auf das wirksamste bekämpft. Aber auch für Erholungsbedürftige ist Konstantinbad ein wahres Paradies. Umgeben von Wäldern gelegen, frei von jeder Rauch- und Staubplage, bietet es neben der opatreichen Wald- und Höhenluft alles, was zur Erholung notwendig ist. Außer dem Parkhaus mit seinen 120 Zimmern sorgen heute 5 große, auf das beste eingerichtete Hotels und 100 Villen und Privathäuser für Unterkunft und Verpflegung der Kurgäste. Elektrisches Licht, eine bis aus den Topley Bergen geleite Hochquellenwasserleitung, ein reiches gelegendes Strandbad, Tennis- und Spielplätze, drei während des Tages gegebene Konzerte der Kapelle, ein Lustkino sorgen für die Bequemlichkeit und für Unterhaltung. Und so ist Konstantinbad während seines 120jährigen Bestandes zum wahren Regen der lebenden Menschheit geworden und soll es auch weiterhin bleiben.

Sport • Spiel • Körperpflege

Kaufkrieg im Schweizer Arbeiterport. Die Werbetätigkeit des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverbandes im verflossenen Jahr ergab, daß die von den Kommunisten verursachte Spaltung bis auf keine Rückweisen überwandnen ist. Der Verband nahm in der Berichtzeit um 33 Vereine und 1200 Mitglieder zu. Obwohl das Gesamtbild der Mitgliedsbewegung durchaus befriedigend ist, darf nicht außer Acht gelassen werden, daß sich die Folgen der Wirtschaftskrise in vielen Vereinen hart geltend machen. Um die jungen und neuen Verbandmitglieder noch mehr als bisher zu Arbeiterportieren und sozialistischen Kämpfen zu erziehen, ist ein Erziehungsausfluß gebildet worden, der diese Arbeiten leitet.

Bürgerlicher Sport.
Zuhälter als Schandobjekt. Die hierzulande Fußballprofessionals verhandelt und vertrieben werden, darüber gibt eine im „Reichsbanner Sportplatz“ erscheinende Notiz wertlos Aufklärung und der

Keine Verschärfung im kleinen Grenzverkehr.
Wie uns berichtet wird, veröffentlichten in den letzten Tagen die Blätter Nachrichten, aus denen hervorging, daß eine wesentliche Verschärfung des Ueberwachungsdienstes im kleinen Grenzverkehr plangriffend habe und daß insbesondere die aus Deutschland Butter und Margarine nach Böhmen bringenden Leute empfindlich bestraft würden. Diese Meldung trifft nicht zu, denn die Grenzüberwachung wird gegenüber den Grenzbewohnern in der tolerantesten Weise angefaßt, so daß kleinere Mengen von Margarine und Butter aus Deutschland wie bisher eingeführt werden können, wobei auch der bisherige Zollfuß von 1 Krone 25 Heller per Kilogramm beibehalten wird. Wichtig dagegen ist es, daß die Devisenvorschriften in den Grenz- und Zollstationen aufs peinlichste beachtet werden, und daß häufig die ins Ausland mitgeführten Beträge der Kontrolle wegen amülicherseits in den Pässen vermerkt werden.

Wie man tschechische Minderheitsschulen aus dem Boden kaupt.

das beweist die Errichtung der tschechischen Minderheitsschule im deutschen Orte Rilles bei Hannsdorf, der nun bald ein herrlicher Schulbau folgen soll. Dazu wird uns aus Rilles folgendes berichtet:

Die Frequenz in der tschechischen Schule und in dem tschechischen Kindergarten ist nach Erhebung folgende:

40 Kinder in der Schule und 17 Kinder im Kindergarten.
Aus Rilles sind in der tschechischen Schule: 6 Kinder, davon nur 4 tschechische, ein gemischt-sprachiges und ein deutsches Kind.
Aus Böhm. Mürdorf kommen 34 Kinder in unsere tschechische Schule.
Der tschechische Kindergarten wird besucht von täglich sieben bis acht Kindern, einmal sollen zehn Kinder gezählt worden sein.
Aus Rilles besuchen den Kindergarten im ganzen vier Kinder. Somit sind im ganzen in Rilles tschechische Kinder, respektive alle, die die tschechische Schule besuchen:

Schule 6 Kinder
Kindergarten 4 Kinder

Davon ist wie schon oben bemerkt, ein Kind ganz deutsch und ein Kind gemischter Nationalität.

Für diese Kinder müssen folgende bezahlte Kräfte gehalten werden:

1 Oberlehrer als Schulleiter, 1 Lehrerin, 1 Kindergartenleiterin, 1 Handarbeitslehrerin, 1 Deutschlehrer (lernt an mehreren Orten), 1 röm.-kath. Religionslehrer, 1 tschechischer Religionslehrer, 1 Wärterin im Kindergarten, 1 Schuldienstin in der Schule — eine Person.

Die Mehrzahl der Kinder ist also aus Mürdorf, wo eine höhere organisierte vierklassige Schule bestand, die durch den Abzug der Kinder nach Rilles in eine niedriger organisierte dreiklassige Schule verwandelt werden mußte.

Trotz dem Abzug der Mürdorfer Kinder hat man aber nicht die für eine zweiklassige Schule notwendige Anzahl von 60 Kindern aufgebracht. Nur für 60 Kinder dürfen zwei Klassen aufgestellt werden und unsere tschechische Schule besitzt zwei Klassen ohne die gefehmähige Anzahl von Kindern.

Dazu kommt, daß gar keine Möglichkeit des Nachwuchses von tschechischen Kindern aus Rilles gegeben ist.

Es wird also wahrscheinlich ein Bruchbau in Rilles nur für Mürdorfer Kinder gebaut werden, die selber in Mürdorf eine Schule und einen Kindergarten besitzen. Die Mürdorfer tschechischen Kinder werden also in ihrer Bildung verkümpert, weil ja eine dreiklassige Schule weniger Bildung vermittelt kann wie eine vierklassige Schule, alles nur, weil sich einige nationale Pöbeln durchaus eine Schule in unserem deutschen Rilles einbilden.

Unsere 21 Kinder im deutschen Kindergarten sitzen in einem jeden gesundheitlichen Vorschriften höhnisprechenden Loch, mehr als zehn Kinder können überhaupt nicht der Wohlrat eines Kindergartens teilhaftig werden, weil der Raum zu klein ist und in unserem Gebäude sitzen Mürdorfer Kinder, die im eigenen Orte selber ein Gebäude haben.

Der Fall Rilles, der einer von vielen ist, zeigt, wie die Narodni Jednota Chauvinisten deutschen Orten den Stempel eines gemischtsprachigen Ortes mit allen Mitteln aufdrücken wollen. Wegen eines tschechischen Metzgeres und Schuhmachers, die selbst keine schulpflichtigen Kinder haben, muß eine tschechische Schule her, koste es, was es wolle. Denn sie wissen ja, es kostet sie nichts. Der Staat, resp. die Steuerzahler und nicht zuletzt auch die verhassten Deutschen bezahlen ja die Sache. Technisch wie im deutschen Rilles, ist das Verhältnis in Spornbau im Gebirge am Kamjayer

Sattel. Insbesondere sind die Kinder der deutschen Eisenbahner und Postler die Opfer dieser chauvinistischen Politik. Wir würden wünschen, daß der Schulminister diese sogenannten Grenzler-Schulen einmal besuchte, um sich selbst davon zu überzeugen, wie mutwillig Tausende und aber Tausende auf diese Weise verpulvert werden, die andererseits zum Aufbau alter oder räumlich ungenügender Schulen besser verwendet werden könnten. Das eine können wir schon heute sagen, daß diese Kinder aus den so errichteten Minderheitsschulen den Arrangieren in Zukunft nicht die Lobeshymnen singen werden, die sie erwarten, weil den Kindern die Möglichkeit eines besseeren Unterrichts in einer mehrklassigen Schule genommen wird.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung.

Stellung der Mitglieder des Gemeinde-(Stadt)rates und der Gemeindevertretung gegenüber den Dienststellen und Angestellten der Gemeinde.

Frage: Können die Mitglieder des Gemeinde-(Stadt)rates und der Gemeindevertretung den Gemeindeangestellten, Gemeindebediensteten, Arbeitern oder den Beamten und Dienststellen Weisungen oder Aufträge erteilen?

Antwort: Nein. Nach den Bestimmungen der §§ 53, 57 und 63 der Gemeindeordnung hat nur der Gemeindevorsteher (Bürgermeister) unter persönlicher Verantwortung über die Angestellten, Bediensteten und Arbeiter der Gemeinde zu verfügen. Nur er kann Anordnungen treffen und Aufträge erteilen oder die Einsichtnahme in die Akten oder Gehahrung der Gemeinde, ihrer Anstalten und Betriebe gestatten. Der § 53 der G. O. bestimmt, daß die Bediensteten der Gemeinde und Gemeindeanstalten dem Gemeindevorsteher unterordnet sind und daß er über sie die Disziplinargewalt ausübt. Der Gemeindevorsteher kann selbst solche Bediensteten, deren Ernennung sich die Gemeindevertretung vorbehalten hat, vom Dienste suspendieren; nur die Entlassung ist Sache der Gemeindevertretung. Nach § 57 G. O. führt der Gemeindevorsteher innerhalb der Beschlüsse der Gemeindevertretung die Verwaltung des Gemeindevermögens; er übt, stets unter persönlicher Verantwortung, die Aufsicht über die Benützung und Erhaltung des Gemeindevermögens, verwaltet und beaufsichtigt die Gemeindeanstalten, auch wenn für diese eigene Verwaltungen bestehen, leitet und verwaltet die Gemeindeunternehmungen, verfügt über alle Angelegenheiten der Gemeinde, insofern sie nicht zum Wirkungsbereich der Gemeindevertretung gehören und besorgt das Armenwesen nach den bestehenden Einrichtungen. Gemäß den Bestimmungen des § 63 ist jedermann in der Gemeinde dem Vorsteher in der Ausübung seines Amtes Achtung und Folgsamkeit schuldig und er kann sogar nach den bestehenden besonderen Vorschriften mit Zwangsmitteln vorgehen und bei gewissen Anlässen Geldstrafen oder Haft androhen.

Allerdings ist es möglich, daß der Gemeinde-(Stadt)rat oder die Gemeindevertretung eine andere Ordnung trifft, doch kann das nur im Einvernehmen und mit Zustimmung des Gemeindevorstehers geschehen. Sonst hat kein Gemeindevertreter (Gemeinde-(Stadt)rat) das Recht, irgend jemandem eine Weisung oder einen Auftrag zu erteilen, Auskünfte von ihnen zu verlangen oder in die Akten Einblick zu nehmen. Die Rechte und Pflichten der Gemeindefinanzkommission sind gesetzlich geregelt.

Die Einsichtnahme in die Verhandlungsschriften der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung steht nach § 50 G. O. jedem Bürger oder Steuerzahler, die Einsichtnahme in den vertraulichen Teil der Sitzung nur den Mitgliedern der Gemeindevertretung zu und eine besondere Bewilligung des Gemeindevorstehers ist hierzu nicht notwendig. Andere Personen müssen stets die Bewilligung des Gemeindevorstehers einholen, wenn sie in die Verhandlungsschrift über die vertrauliche Sitzung Einblick nehmen wollen. Die Einsichtnahme in die Verhandlungsschrift des Gemeinde-(Stadt)rates ist ebenfalls an die Bewilligung des Gemeindevorstehers gebunden. Die Gemeinderäte sowie die nach § 54 G. O. zur Unterstützung des Gemeindevorstehers bestellten Delegierten sind der Gemeinde gegenüber für die unterlassene oder nicht gehörige Vollziehung der ihnen übertragenen Geschäfte haftungs- und ersatzpflichtig. (§ 66 G. O.).

Ansuchen um die Befreiung von der Gebäudesteuer sind binnen dreißig Tagen nach Vollendung des Baues zu überreichen.

Eine Versäumung dieser Frist zieht den Verlust dieser gesetzlichen Begünstigung nach sich. Die Befreiung von der Gebäudesteuer samt Zuschlägen für die territorialen Selbstverwaltungskörper sowie die Befreiung von der Mietzinsabgabe wird erteilt 1. für gewöhnliche Ren., Zu-, Auf- und Umbauten und Adaptierungen auf fünfzehn Jahre. Für Kleinwohnungshäuser auf 25 Jahre und 20 Jahre Befreiung von der Mietzinsabgabe. Die Weisungen sind vorchriftsmäßig verfaßt und belegt fristgerecht bei der zuständigen Steuerbehörde zu überreichen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont die herlich erfrischend schmeckende Pfefferminz-Zahnpaste. Tube 4.— Kč und 6.— Kč.

